Kleine Anfrage

des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner fraktionslos

und

Antwort

des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration

Auskunft über Fehlbeleger in Baden-Württemberg

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Fehlbeleger gibt es seit 2015 in Baden-Württemberg (bitte unterteilt in Jahr und Landkreis)?
2. Wie unterteilen sich die Fehlbeleger in die drei Kategorien (bitte unterteilt nach Landkreis)?
3. Wie hoch werden die Kosten seit 2015 für Fehlbeleger geschätzt (bitte unterteilt nach Jahr, Landkreis und Kategorie)?
4. Welche Gründe gibt es, dass Asylverfahren länger als 24 Monate dauern?
5. Wie schätzt sie die Wahrscheinlichkeit bei der aktuellen Wohnungsmarktsituation ein, die Fehlbeleger unterzubringen?
6. Welche Möglichkeiten sieht sie, die Landkreise möglichst vollständig bei den Kosten zu entlasten?
7. Welche Maßnahmen können und sollen Kommune und Landkreise erbringen?
8. Wie plant sie, gegenüber den Kommunen zu agieren?
9. Wie plant sie, gegenüber dem Bund zu agieren, um die vom Bund veranlasste Einwanderung und die dadurch verursachten Kosten auszugleichen?

22.01.2019

Dr. Fiechtner fraktionslos

Begründung

In seinem Schreiben vom 28. November 2018 teilte der Göppinger Landrat Edgar Wolff dem Fragesteller mit, dass trotz großer Bemühungen rund 600 „Fehlbeleger“ in den Gemeinschaftsunterkünften im Landkreis Göppingen untergebracht wären. Aufgrund fehlender Unterkünfte in den Kommunen würden dem Landkreis rund 14 Millionen Euro Kosten entstehen. Die Kleine Anfrage dient zur näheren Beleuchtung der aktuellen Fehlbeleger Situation im Land und der angebotenen Lösungsansätze vonseiten der Landesregierung.

Antwort

Mit Schreiben vom 14. Februar 2019 Nr.4-0141.5/16/5557*1 beantwortet das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen die Kleine Anfrage wie folgt:

1. *Wie viele Fehlbeleger gibt es seit 2015 in Baden-Württemberg (bitte unterteilt in Jahr und Landkreis)?*

3. *Wie hoch werden die Kosten seit 2015 für Fehlbeleger geschätzt (bitte unterteilt nach Jahr, Landkreis und Kategorie)?*

Zu 1. und 3.:

Das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration geht davon aus, dass sich die Fragen auf Fehlbeleger in Einrichtungen der vorläufigen Unterbringung beziehen, das heißt auf Personen, deren vorläufige Unterbringung nach den gesetzlichen Vorschriften geendet hat, die sich aber tatsächlich noch in den Einrichtungen befunden haben. Die vorläufige Unterbringung von Asylbewerbern in den Stadt- und Landkreisen ist nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz des Landes Aufgabe der unteren Aufnahmebehörden (Landratsämter und Bürgermeisterämter der Stadtkreise). Über die Regierungspräsidien wurde bei diesen eine Erhebung durchgeführt, da entsprechende Daten bisher nicht vorliegen. Die Rückmeldungen (soweit erfolgt) können der folgenden Tabelle entnommen werden:

Land-/Stadtkreis	Anzahl 2015	geschätzte Kosten 2015	Anzahl 2016	geschätzte Kosten 2016	Anzahl 2017	geschätzte Kosten 2017	Anzahl 2018	Geschätzte Kosten 2018
Ostalbkreis	90	450.000 €	147	748.879 €	276	1.371.131 €	215	1.075.000 €
Main-Tauber-Kreis	0	0	28	337.000 €	25	890.000 €	k.A.	k.A.
Heidenheim	0	0	22	477.640 €	0	0	0	0
Hohenlohekreis	k.A.	k.A.	Ø 29	173.000 €	Ø 84	320.000 €	k.A.	k.A.
Schwäbisch Hall	Ø 112	k.A.	Ø 327	k.A.	Ø 418	k.A.	Ø 114	k.A.
Bodenseekreis	211	2.083.936 €	243	2.109.394 €	271	2.616.706 €	223	2.313.125 €
Sigmaringen	k.A.	k.A.	99	132.000 €	123	396.000 €	117	496.320 €
Zollernalbkreis	k.A.	k.A.	4	0,00 €	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Ulm	40	554.021 €	224	3.297.440 €	459	5.039.721 €	248	2.185.785 €
Pforzheim	50	k.A.	209	k.A.	246	k.A.	146	k.A.
Mannheim	0	0	0	0	0	0	0	0
Karlsruhe	0	0	0	0	0	0	0	0

k.A. = keine Angaben

2. Wie unterteilen sich die Fehlbeleger in die drei Kategorien (bitte unterteilt nach Landkreis)?

Zu 2.:

Eine Unterteilung der Fehlbeleger in verschiedene Kategorien nimmt das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration nicht vor.

4. Welche Gründe gibt es, dass Asylverfahren länger als 24 Monate dauern?

Zu 4.:

Die Durchführung der Asylverfahren liegt in der Zuständigkeit des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Aus diesem Grund kann hierzu keine Aussage gemacht werden. Im Übrigen wird darauf hingewiesen, dass die Verfahrensdauer bei Asylanträgen, ausgehend von den Asylanträgen der letzten 12 Monate, in Baden-Württemberg durchschnittlich bei 3,1 Monaten lag (Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Stand: Dezember 2018).

5. Wie schätzt sie die Wahrscheinlichkeit bei der aktuellen Wohnungsmarktsituation ein, die Fehlbeleger unterzubringen?

Zu 5.:

Zur Wahrscheinlichkeit der Unterbringung von Flüchtlingen in die Anschlussunterbringung kann in der Gesamtheit keine Aussage getroffen werden.

6. Welche Möglichkeiten sieht sie, die Landkreise möglichst vollständig bei den Kosten zu entlasten?

Zu 6.:

Im Rahmen der Spitzabrechnung der Aufwendungen der Stadt- und Landkreise für die vorläufige Unterbringung 2016 erstattet das Land pauschalierend für bis zu drei Monate ab dem Zeitpunkt der Unanfechtbarkeit der Entscheidung über den Asylantrag auch Aufwendungen, die auf Fehlbeleger entfallen, sofern damit 24 Monate nicht überschritten werden. Für die Jahre 2017 und 2018 konnte im Rahmen der Gespräche des Landes mit den Kommunalen Spitzenverbänden in der Gemeinsamen Finanzkommission eine Verständigung in Bezug auf eine Beteiligung des Landes an den Ausgaben der Stadt- und Landkreise für Personen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) beziehen, im Rechtssinn nicht mehr vorläufig untergebracht sind und deren AsylbLG-Leistungen auch nicht anderweitig erstattet werden, erzielt werden. Dabei sind auch Aufwendungen für Fehlbeleger mit umfasst. Die Umsetzung dieser Empfehlung der Gemeinsamen Finanzkommission vom 24. Juli 2018 hat ein Finanzvolumen von insgesamt 268 Mio. Euro für die Jahre 2017 und 2018.

7. Welche Maßnahmen können und sollen Kommune und Landkreise erbringen?

Zu 7.:

Die Stadt- und Landkreise sollten nach Kenntnisnahme über die Rechtskraft der Entscheidung über den Asylantrag den Verteilprozess umgehend einleiten und die Personen entsprechend in die Anschlussunterbringung verteilen.

8. Wie plant sie, gegenüber den Kommunen zu agieren?

Zu 8.:

Über die bereits bestehende gesetzliche Aufnahmeverpflichtung von Flüchtlingen aus der vorläufigen Unterbringung in die Anschlussunterbringung sind keine weiteren Maßnahmen vorgesehen.

9. Wie plant sie, gegenüber dem Bund zu agieren, um die vom Bund veranlasste Einwanderung und die dadurch verursachten Kosten auszugleichen?

Zu 9.:

Die Bundesbeteiligung an den flüchtlingsbedingten Kosten von Ländern und Gemeinden ist nach Auffassung der Länder entsprechend dem MPK-Beschluss vom 5. Dezember 2018 auch in den Jahren ab 2020 mindestens auf dem Niveau von 2019 (4,7 Milliarden Euro) fortzusetzen. Die Verhandlungen zwischen Bund und Ländern hierzu sind aktuell noch nicht abgeschlossen.

Strobl

Minister für Inneres,
Digitalisierung und Migration